

# Königsfelder können weiter im Ort zur Schule gehen

- Rat trifft Vereinbarung mit Zinzendorfschulen
- Werkrealschule statt bisheriger Hauptschule
- Gemeinde übernimmt ein Drittel des Schulgeldes

VON CHRISTINA NACK

**Königsfeld** – „Man weiß nicht, was kommt“, deutete Bürgermeister Fritz Link die nach dem Regierungswechsel in Stuttgart wieder offene Entwicklung des baden-württembergischen Schulsystems an.

Doch in Königsfeld wird es auch nach allmählicher Aufgabe der Hauptschule eine wie auch immer geartete Sekundarstufe geben: Am Mittwoch stimmte der Gemeinderat bei seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause einer Vereinbarung mit dem privaten Zinzendorfschulwerk zu, in dessen Trägerschaft mit Beginn des neuen Schuljahres eine Werkrealschule startet. Einstimmig wurde zudem ein einheitlicher kommunaler Zuschuss zum Schulgeld für alle Schüler aus der Gesamtgemeinde beschlossen.

Die weniger werdenden Königsfelder Schüler sollen nach Abschluss der Grundschule nicht in eine Nachbargemeinde fahren müssen, um eine Werkrealschule besuchen zu können: Das ist der Hintergrund für die modellhafte Kooperation mit den Zinzendorfschulen. Die werden in Regie der Herrnhuter Brüdergemeine betrieben, als private

## Schulgeld

Für den Besuch der privaten Zinzendorf-Werkrealschule haben sich bislang 16 Kinder angemeldet; sechs von ihnen stammen aus der Gesamtgemeinde. Königsfelder Schüler sollen bei der Aufnahme in die neue Schule bevorzugt werden und zudem weniger Schulgeld bezahlen müssen. Die Zinzendorfschulen haben für einheimische Schülerinnen und Schüler einen monatlichen Kostenbeitrag von 50 Euro, für auswärtige von 100 Euro im Monat festgelegt.

Schule staatlich nicht bezuschusst und verlangen darum Schulgeld. Dass nun auch Haupt- respektive Werkrealschüler für den Schulbesuch zahlen sollen, war im Gemeinderat problematisiert und die Verwaltung mit der Prüfung von Fördermodellen beauftragt worden.

Hauptamtsleiter Martin Laufer stellte dem Gremium vier Varianten vor. Zwei basieren auf dem Gleichheitsgrundsatz: Danach könnten alle Eltern mit der Hälfte des Monatsbetrags (25 Euro) respektive mit rund einem Drittel (17 Euro) unterstützt werden. Ausgehend von sechs Werkrealschulklassen und einer angenommenen Übergangsquote von 20 Prozent der Grundschüler müsste die Gemeinde jährlich 16 200 respektive 10 000 Euro berappen. Bei den beiden weiteren Alternativen war soziale Bedürftigkeit das Förderkriterium: Entweder könnten nur Familien

unterstützt werden, die Sozialleistungen beziehen oder die Familien würden abhängig von der Zahl der Kinder gefördert. Für letztere Variante hat Laufer in seiner Kalkulation einen Zuschussbedarf von 15 000 Euro errechnet.

Beate Berg-Haller wollte alle Eltern gleichmäßig mit der Hälfte des Schulgelds unterstützt sehen, ebenso Thomas Fiehn. Jens Hagen sprach den beträchtlichen Verwaltungsaufwand bei individueller Förderung und Prüfung der Bedürftigkeit an. Bürgermeister Fritz Link gab zu bedenken, dass sich die Gemeinde bereits zur Übernahme von zusätzlichen 45 000 Euro für Sachkosten verpflichtet hat. Die pauschale Finanzierung des halben Schulbeitrags fand er zu hoch, zumal die Eltern kein Geld für Busfahrten in Nachbargemeinden ausgeben müssten.

Das Gremium einigte sich auf den goldenen Mittelweg und beschloss, den Schulbesuch von Königsfelder Kinder mit einem Drittel zu bezuschussen. Die angenommene Gesamtsumme entspräche in etwa dem Betrag, den die Gemeinde bislang für Königsfelder Schüler im privaten Schulwerk zahlt. Im aktuellen Haushalt sind dafür 11 000 Euro reserviert. Dieser Zuschuss soll mit dem Start der Werkrealschule sukzessive auf Null reduziert werden, weil die Zinzendorfschulen ihrerseits neue Staatszuschüsse für die Werkrealschule erhalten. Die wichtigste Botschaft nach Abschluss der komplexen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen Gemeinde und Schulwerk fasste Link so zusammen: „Die Gemeinde wird als Schulstandort gestärkt.“